

„Wir übersehen dabei, dass all das hochsubventioniert ist“

Von **Nikolaus Doll, Jacques Schuster**

Veröffentlicht am 15.11.2025 | Lesedauer: 10 Minuten



CSU-Chef Markus Söder

Quelle: Jörg Fokuhl

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder prangert einen falsch verstandenen Klimaschutz hierzulande an – und deutschen Übereifer bei der Umsetzung von EU-Vorgaben. All dies führe in die Deindustrialisierung, warnt der CSU-Chef. Im Umweltministerium hänge vieles noch an „alten grünen Dogmen“.

Markus Söder, 58, ist seit März 2018 Ministerpräsident von Bayern und seit Januar 2019 Vorsitzender der CSU. Der promovierte Jurist sitzt auch im schwarz-roten Koalitionsausschuss der Regierung von Kanzler Friedrich Merz (CDU).

WELT AM SONNTAG: Herr Söder, der Koalitionsausschuss hat keine Lösungen zu den kontrovers diskutierten Themen Verbrenner-Aus und Rentenreform gefunden. Warum? Liegt man so weit auseinander?

Markus Söder: Im Gegenteil: Wir haben wichtige Reformen wie den günstigen Industriestrompreis, die Gaskraftwerkstrategie und die Steuersenkung für Luftverkehr beschlossen. Das sind wichtige Signale für das Ankurbeln der Wirtschaft. Beim Auto sind wir noch nicht durch. Ich hoffe, dass wir auf der Basis des Beschlusses der Ministerpräsidenten eine gute Lösung für das Aus vom Verbrennerverbot (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article691170720580923d0998c8ad/klimaschutzmassnahmen-mehrheit-der-deutschen-gegen-verbrenner-aus-oder-fleisch-verzicht.html>) erzielen können.

WAMS: Und wie geht es bei den beiden Themen nun weiter?

Söder: Da gilt es jetzt nachzuarbeiten.

WAMS: Was halten Sie von dem Motto „Wachstum first“?

Söder: Das ist ein gutes Motto – aber man sollte auch die richtigen Schlüsse daraus ziehen: Wir müssen einsehen, dass sich Europa nicht Richtung Fortschritt bewegt, sondern global gesehen auf dem absteigenden Ast ist. Wir sind erst dann wieder auf dem richtigen Kurs, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit entsprechend steigern, um mit anderen Ländern wieder mithalten zu können. Das müssen wir schnell tun, wir haben keine Zeit mehr zu vergeuden.

WAMS: Finden Sie, dass diese Bundesregierung wirklich tut, was nötig ist, damit wir den Anschluss nicht verlieren?

Söder: Was wir bislang beschlossen haben, ist schon sehr gut. Optimierbar ist das Tempo der Umsetzung. Wir haben den Investitionsbooster auf den Weg gebracht und das Sonderinvestitionsprogramm. Das Bürgergeld ist in seiner bisherigen Form bereits so gut wie abgeschafft, beim Heizungsgesetz sind wir gerade dabei. Der Industriestrompreis wurde diese Woche beschlossen, außerdem eine neue Gaskraftwerkstrategie.

Richtig ist aber auch: Beim Abbau von Bürokratie und der Digitalisierungs-Agenda könnte es trotz des enormen Einsatzes von Karsten Wildberger noch schneller gehen. Und das Hin und Her bei der Zukunft des Verbrennermotors über Wochen hinweg ist nicht ideal. Es gab viele Gesprächsrunden und zu wenige Ergebnisse.

WAMS: Die Wirtschaft hat sich bisher nicht erholt in Deutschland. Sind zusätzlich zu den gefassten Beschlüssen weitere Maßnahmen zur Stabilisierung nötig?

Söder: Entscheidend ist, dass wir aufhören, uns selbst zu beschneiden. Wir setzen einseitig auf Elektroautos und übersehen, dass wir so den Verbrennermotor kaputt machen und damit unsere Automobilindustrie. Tausende Arbeitsplätze stehen auf der Kippe. Wir wollen Gaskraftwerke bauen und die erneuerbaren Energien ausbauen und übersehen dabei, dass all das hochsubventioniert ist. Wir drücken die Energiepreise mit staatlichem Geld, anstatt auf günstige Erzeugung zu setzen. In Deutschland nach Gas zu bohren, ist ein Tabuthema, stattdessen schalten wir Kernkraft ab. Wir müssen in diesen Punkten umsteuern, damit sich die Wirtschaft erholt.

WAMS: Der Wiedereinstieg in die Kernkraftnutzung wäre doch ebenfalls hochsubventioniert.

Söder: Es geht nicht darum, dass wie früher große Meiler hochgezogen werden. Ich spreche von kleineren, smarten Reaktoren, wie es sie in Kanada bereits gibt. In der Schweiz und anderen Ländern Europas wird daran gearbeitet. Diese Mini-Meiler brauchen nicht solche Subventionen, wie das früher nötig war. In der Energiepolitik verschieben wir gerne die Probleme ins Ausland. Es ist einfach unehrlich, was Deutschland tut: Wir kaufen Frackinggas aus den USA, wollen bei uns aber nicht nach Gas bohren. Wir kaufen Atomstrom aus [Frankreich und Tschechien \(https://www.welt.de/wirtschaft/article256320350/AKWs-Europa-hat-gemerkt-dass-es-sich-bei-der-Energiewende-selbst-belogen-hat.html\)](https://www.welt.de/wirtschaft/article256320350/AKWs-Europa-hat-gemerkt-dass-es-sich-bei-der-Energiewende-selbst-belogen-hat.html), lehnen aber Kernkraft bei uns ab. Wir kaufen Seltene Erden im Ausland, weigern uns aber, sie in Deutschland abzubauen. Wenn wir diese Strategie nicht ändern, werden wir endgültig abgehängt.

WAMS: Sie wollen, dass Seltene Erden in Deutschland abgebaut werden?

Söder: Wir sollten das ernsthaft prüfen, natürlich. Und es abbauen, wenn es geht und sich lohnt.

WAMS: Und Sie wollen, dass in Deutschland für eine nennenswerte Förderung nach Gas gebohrt wird?

Söder: Das Bundesamt für Geowissenschaften sagt seit Jahren, dass es Gas für Jahrzehnte gibt. Aber wir verzichten darauf, die Vorkommen in Norddeutschland zu nutzen, sondern importieren stattdessen teures LNG aus den USA. Wir diskutieren über Themen wie die Erzeugung von „Grünem Stahl“. Dabei ist der bei unseren Energiepreisen selbst mit massiver Förderung nicht wettbewerbsfähig. Wir müssen unseren Fokus richtig setzen.

WAMS: Die Produktion von klimaneutralem Stahl soll eingestellt werden?

Söder: Alle wollen eine klimaneutrale Industrie. Die Frage ist: Was ist umsetzbar? Der Bundeskanzler hat recht: Unsere Wettbewerbsfähigkeit muss an erster Stelle stehen.

WAMS: Zum Haushalt: Sie lehnen neue Schulden in Bayern ab, aber im Bund nicht. Warum? Im Bund werden Milliardenschulden gemacht.

Söder: Ein ausgeglichener Haushalt, wie wir ihn nun in Bayern verabschiedet haben, ist in diesen Zeiten ein starkes Signal. Möglich war das, weil wir seit Jahren solide arbeiten – ohne Konjunkturtricks. Was den Bund angeht: Es ist gut, dass Deutschland investiert. Das ist überfällig. Parallel brauchen wir Reformen, vor allem bei den ausufernden Sozialausgaben wie der Jugendhilfe. Auch die Gesundheits- und Pflegeversicherung müssen wir zukunftsfest machen. Aktuell nötig sind drei Dinge: Erstens wird das Bürgergeld zurückgebaut, das schafft Arbeitsanreize. Zweitens brauchen wir den sogenannten Rechtskreiswechsel für Ukrainer, also den Wechsel vom Bürgergeld der Grundsicherung in das Leistungssystem für Asylbewerber – das kommt hoffentlich nächste Woche ins Kabinett. Und drittens ist nötig, das Thema Demografie ehrlich anzupacken.

WAMS: Ökonomen wie [Jens Südekum \(https://www.welt.de/wirtschaft/article690eo22fo166cd59ef998211/jens-suedekum-klingbeil-berater-stellt-muetterrente-und-senkung-der-gastrosteuer-infrage.html\)](https://www.welt.de/wirtschaft/article690eo22fo166cd59ef998211/jens-suedekum-klingbeil-berater-stellt-muetterrente-und-senkung-der-gastrosteuer-infrage.html) fordern „schmerzhaft“ Einschnitte. Wie passt das dazu, die Mütterrente III durchzudrücken?

Söder: Die Mütterrente schafft Gerechtigkeit und bekämpft Altersarmut. Sie betrifft eine klar umrissene Gruppe und ist zeitlich begrenzt. Spannender ist das Rentenniveau bis 2040. Wir können nicht monatelang über „schmerzhafte Reformen“ reden, ohne einen belastbaren Vorschlag zu machen. Das verunsichert die Menschen und liefert der AfD Munition. Besser hinter verschlossenen Türen Lösungen erarbeiten und die dann geschlossen präsentieren.

WAMS: Warum klappt das im Bund nicht?

Söder: An der CSU liegt es nicht. Wir verhalten uns sehr konstruktiv. Die Unruhe entsteht meist woanders.

WAMS: Wo?

Söder: Ich will hier keinen an zählen. Wir sollten uns alle darauf konzentrieren, gemeinsam Probleme zu lösen.

WAMS: Auch die Junge Union und die CSU-Abgeordneten im Bundestag fordern: „Politik muss wieder enkelfähig werden.“ Erwarten Sie anhaltenden Widerstand (<https://www.welt.de/debatte/plus69145a6035739e197250875a/cdu-die-jungen-sind-das-beste-an-der-union.html>) gegen die geplante Rentenreform der Bundesregierung?

Söder: Natürlich hat die Junge Union mit diesem zeitlos gültigen Satz recht. Politik muss so entscheiden, dass die nächsten Generationen nicht allein die Zeche zahlen. Das gilt für Finanzen, die Sozialsysteme, für Klima und Energie. Wir können nicht auf Dauer immer nur von Jahr zu Jahr denken und die Probleme nach hinten schieben. Bei der Rente ist klar: Das Umlagesystem allein wird auf Dauer nicht tragen. Wir brauchen mehr kapitalgedeckte Elemente, nicht immer nur Umverteilung.

WAMS: Die SPD pocht darauf, neben Kürzungen in den Sozialsystemen aus Gerechtigkeitsgründen auch Steuererhöhungen in bestimmten Bereichen zu prüfen. Lehnen Sie das weiterhin ab – egal ob Erbschaftsteuer oder anderes?

Söder: Steuererhöhungen sind genau das Falsche. Unser Ziel ist mehr wirtschaftliche Stärke – höhere Steuern bremsen genau das. Sie führen zu weniger Investitionen, weniger Jobs, am Ende sogar weniger Steuereinnahmen. Dieses alte Rezept, mit höheren Steuern mehr Gerechtigkeit erzeugen zu wollen, ist zigfach gescheitert. Die Folge ist immer gleich: Abwanderung, Steuerflucht, wirtschaftliches Schrumpfen. Wir müssen entlasten, nicht belasten – wie bei der Unternehmensteuer.

Bei der Erbschaftsteuer ist offenkundig: Bayern trägt einen überproportionalen Teil des Aufkommens – und Erbschaftsteuer ist Ländersache. Deshalb fordern wir: Regionalisieren! Wie bei der Gewerbesteuer sollen die Länder selbst festlegen, wie hoch sie gehen. Wenn manche Länder die Sätze erhöhen wollen – bitte. Wir in Bayern würden die Erbschaftsteuer deutlich senken. Dann sieht man schnell, wo mehr Nachlässe versteuert werden und wer am Ende mehr einnimmt.

Noch etwas: Erbschaften sind kein „leistungsloses Einkommen“, wie Linke oft behaupten. Das ist hart erarbeitetes Eigentum, das von einer Generation auf die nächste übergeht. Die Union ist die Partei des Eigentums. Die sozialistische Idee, der Staat könne nach Belieben über das Vermögen anderer verfügen, führt in die Vergesellschaftung. Da machen wir nicht mit.

WAMS: Sie fordern einen harten Bürokratieabbau. Auf Bundesebene gibt es guten Willen, aber noch keinen großen Wurf. Was fehlt?

Söder: Wir haben in Bayern geliefert: vier Modernisierungsgesetze, rund 700 konkrete Maßnahmen – vom Bau- und Vergaberecht über Datenschutz bis Brandschutz. Das Hauptproblem ist oft die EU, nicht die Bundesregierung oder der Bundestag, die bemühen sich. Es sind die Kommissionsapparate und Generaldirektionen in Brüssel, die praktisch eigenständig immer neue Verordnungen produzieren. Ergebnis: Heizgesetz hoch zehn, Flora-Fauna-Habitat-Richtlinien hoch 25, allesamt Regelungen, die konkret zur Deindustrialisierung führen. Und weil Deutschland vorbildlich alles umsetzt, was man sich in Brüssel ausdenkt, trifft es uns doppelt.

WAMS: Mit dem Verweis auf Brüssel wird es den großen Bürokratieabbau also nicht geben?

Söder: Falsch. Wir bauen ab, wo es geht, aber man muss auch auf EU-Ebene konsequent gegensteuern. Die Ideologie, mehr Bürokratie erzeuge automatisch mehr Klimaschutz, funktioniert nicht. Für manche hat der Klimaschutz fast schon eine pseudoreligiöse Bedeutung, aber in Wahrheit ist Klimaschutz eine technische Aufgabe, die mit Wohlstand und Arbeitsplätzen zusammen gedacht werden muss. Wir pflanzen in Bayern Millionen Bäume, renaturieren Moore, investieren in Wasser- und Hochwasserschutz, treiben massiv den Ausbau erneuerbarer Energien voran. Aber wir dürfen nicht so tun, als ließe sich alles per Verordnung lösen. Sonst retten wir nicht das Weltklima, sondern zerstören am Ende nur unsere industrielle Basis (<https://www.welt.de/wirtschaft/article6912e65c559017d781cd5e9a/ifo-umfrage-deutsche-industrie-schaetzt-eigene-wettbewerbsfaehigkeit-so-schlecht-ein-wie-noch-nie.html>) – und damit auch Akzeptanz und Demokratie.

WAMS: Der Staatsrechtler Paul Kirchhof schlägt ein Moratorium vor: Jede neue Nachweispflicht soll zwei alte aufheben. Eine gute Idee?

Söder: Wir machen das längst. In Bayern gibt es die Paragrafenbremse – One-in-Two-out. Wir haben die Zahl der Stammnormen um mehr als ein Drittel reduziert. Dazu eine Sunset-Klausel: Jede neue Vorschrift gilt nur befristet und muss aktiv verlängert werden. Genau das braucht es auch auf Bundesebene.

WAMS: Und warum funktioniert das dort nicht?

Söder: Weil die Hydra ständig neue Köpfe austreibt: Kaum streicht man fünf Vorschriften, wachsen über Verordnungen und EU-Richtlinien zehn neue nach. Und mal ehrlich: Im Bundesumweltministerium sind noch einige Vertreter der alten grünen Schulbuch-Politik am Werk. Da wünsche ich mir mehr Emanzipation von überholten Dogmen – für eine moderne, pragmatische Umweltpolitik, die Innovation ermöglicht, statt sie zu fesseln.

WAMS: Was heißt denn „alte grüne Schulbuch-Politik“?

Söder: Im Bundesumweltministerium hängt vieles noch an alten grünen Dogmen. Die strategische Linie wird seit Jahren von Leuten geprägt, die aus genau diesem Milieu kommen. Ich wünsche mir da mehr Emanzipation von der alten Trittin-Schule, stattdessen mehr moderne Umweltpolitik. Mit Minister Carsten Schneider (SPD) kann man reden, er ist offen. Aber die Apparate arbeiten oft im Autopiloten nach dem Motto: Egal, wer unter mir Minister ist.

WAMS: Wenn diese Regierung so viel angestoßen hat, wie Sie sagen, warum ist dann die Stimmung im Land so schlecht (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article690b7cc51d404fd31fc8aeb2/deutschlandtrend-fast-die-haelfte-der-deutschen-fuehlt-sich-im-oeffentlichen-raum-unsicher.html>) ?

Söder: Weil die Lage objektiv schwierig ist – und weil es keine Tablette gibt, die mit einem Schlag alles richtet. Die Therapie dauert. Dazu kommen der Druck von außen und innen, digitale Empörungsschleifen, viele vermeintlich kluge Kommentierungen bei jedem neuen Projekt. Um in der Fußball-Sprache zu sprechen: Aus einem 3:0 wird durch zwei Fehler schnell ein 3:2 – und alle werden nervös. Ich bin trotzdem überzeugt, dass die Regierung am Ende erfolgreich ist.

WAMS: Sind Sie zufrieden mit der Zusammenarbeit in der Koalition?

Söder: Der Koalitionsausschuss ist das effektivste Gremium. Da fallen die großen Entscheidungen – Bürgergeld, Industriestrompreis, Gaskraftwerkstrategie. Im inneren Kreis, bei den Parteivorsitzenden und den Fraktionschefs, läuft es gut. Je weiter es aber weggeht vom strategischen Zentrum, desto größer werden die Fliehkräfte. Das zusammenzuhalten, kostet Kraft.

WAMS: Sind Sie mit der Arbeit der Bundesminister zufrieden? Jüngst hatten Äußerungen von Außenminister Wadephul zu Abschiebungen nach Syrien für Irritationen im eigenen Lager (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus69099f61154e6f61444c4aa7/rueckfuehrungen-nach-syrien-das-machtwort-des-kanzlers-gegen-aussenminister-wadephul.html>) gesorgt.

Söder: Mit unseren CSU-Ministern bin ich sehr zufrieden: Die Begrenzung der irregulären Migration läuft, in der Agrarpolitik gibt es einen Kurswechsel und für das Thema Hightech haben wir endlich eine Agenda. Andere Minister bewerte ich nicht, das ist Sache von CDU und SPD.

WAMS: Wird jetzt nach Syrien abgeschoben oder nicht?

Söder: Ja, so schnell wie möglich. Wer keinen Rechtsanspruch, keine Duldung und keinen Job hat, muss ausreisen. Und wenn es vertretbar ist, auch nach Afghanistan. Außerdem muss die erleichterte Ausreise aus der Ukraine für junge Männer zurückgenommen werden. Sie werden dort gebraucht. Wer sonst sollte das von Russland bedrängte Land verteidigen?

Nikolaus Doll (<https://www.welt.de/autor/nikolaus-doll/>) *berichtet über die Unionsparteien und die Bundesländer im Osten.*

Jacques Schuster (<https://www.welt.de/autor/jacques-schuster/>) *ist Chefredakteur der WELT AM SONNTAG sowie Chefkomentator.*